

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittwochs nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 R.,
unter Eingelicht 5 R. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Zeichungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 190

Mittwoch, 17. August

1921

Keine Ordensverleihungen durch das Gesamtministerium.

(N.) Durch einen Teil der Presse lief die
Kritik, das Gesamtministerium habe neuerdings
einem Obermedizinalrat das Ritterkreuz des
Königlichen Ordens I. Kl. mit Schwertern nachträglich
verliehen. Der Tatbestand ist, daß Orden
und Ehrenzeichen gemäß Artikel 109 der Reichs-
verfassung an sich überhaupt nicht mehr verliehen
werden und der in Frage kommende Ober-
medizinalrat, der zugleich Oberkammerarzt ist, den
Orden lediglich nachträglich nach seiner Rückkehr
aus der Kriegsgefangenschaft vom Landeskomman-
danten erhalten hat, dem die Entscheidung dieser
wenigen Ausnahmefälle übertragen worden ist.
Das Gesamtministerium hat selbstverständlich die
Verleihung nicht vorgenommen. Die in der Presse
an den Vorgang geknüpften Ausführungen sind
daher hinfällig.

Warnung.

(N.) Der Deutsche Bürgerklub in Berlin ist
gegenwärtig auch in Sachsen eine öffentliche
Sammelstätte aus, ohne daß ihm hierzu Ge-
nehmigung erteilt worden ist. Es bestehen über-
dies gegen diese Organisation und ihre Ver-
anstaltungen erhebliche Bedenken.

Neuerdings ist vom Deutschen Bürgerklub
eine Deutsch-Oberschlesische Sicherheitsorganisation
(„Tosiga“) gegründet worden, die gleichfalls eine
größere Sammelstätte — angeblich für den
Deutschen Selbstschutz in Oberschlesien — ein-
geleitet hat. Bei dieser Gelegenheit sind von der
„Tosiga“ zur Unterzeichnung ihres Aufrufs Namen
von Persönlichkeiten verwendet worden, die der
„Tosiga“ eine Ermächtigung hierzu nicht erteilt
haben. Auch der „Tosiga“ ist vom Ministerium
des Innern keine Genehmigung erteilt worden.

Französisch-polnische Absichten auf das Weimarer Gebiet.

Wien, 15. August. Zu den polnischen
Absichten auf das Weimarer Gebiet wird der
„Wienberger Hartungschen Zeitung“ von be-
sonderer Seite geschrieben: Was die politische
und künftige Zukunft des Weimarer Gebietes
betrifft, so denken alle Anzeichen darauf hin,
daß Frankreich das Gebiet seinem väterlichen
Volen zuzuhängen will. Vor wenigen Monaten
gab es noch keinen Bewohner polnischer Natio-
nalität im Weimarer Gebiet. Vor kurzem er-
richtete der polnische Staat in Weimar ein Konsul-
at. Zwar versicherte der polnische Konsul
bei seinem Dienstantritt, Polen denke gar nicht
daran, Ansprüche auf das Weimarer Gebiet zu
erheben. Aber mit diesem Tage legte trotzdem
eine feindliche Eroberung des Gebietes ein.

Besprechung Banderlip mit Dr. Rathenau.

Frankfurt, 16. August. Laut „Frankfurter
Zeitung“ hatte der bekannte amerikanische Finanz-
mann Banderlip, der sich zurzeit in Berlin auf-
hält, um sich ein Urteil über die allgemeine
wirtschaftliche Lage Deutschlands zu bilden, gestern
eine eingehende Besprechung mit dem Minister
Dr. Rathenau. Die Banderlip mitteilte, siehe sein
Wort in seinem Zusammenhang mit irgend-
welchen amerikanischen Kreditationen für
Deutschland.

Die Hilfe für Rußland.

Berlin, 15. August. Die in Berlin ver-
kommene Konferenz des internationalen Gewerkschaftsbundes, an der Vertreter Frankreichs, Bel-
giens, Hollands, der Niederlande, Schwedens, Dänemarks,
Lettlands und Deutschlands teil-
nahmen, hat beschlossen, die in den einzelnen
Ländern zur Bekämpfung der Hungersnot in
Rußland schon eingeleiteten Sammlungen zu zen-
tralisieren. Diese Fonds sollen möglichst zur
sozialen Hilfeleistung und zur Beschaffung von
Lebensmitteln verwendet werden. Eine Arzte-
kommission wird sofort entsandt werden. 1 Mill.
Mark ist auf den Mittel des internationalen
Gewerkschaftsbundes bereitgestellt worden.

Oberschlesien.

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 15. August. Der Reichspräsident
und die Reichsregierung erlassen folgenden
Aufruf:

Die Entscheidung über Oberschlesien ist wider
Erwarten nicht gefallen. Der Spruch ist verhängt
worden. Die Leidenszeit des ober-schlesischen
Volkes hat ihr Ende noch nicht gefunden. Es
gilt in jeder Ausdauer weiter auszuharren.
Oberschlesien! Unsere Sache ist gerecht. Die
Gerechtigkeit wird und muß siegen, wenn das Selbst-
bestimmungsrecht der Völker Geltung haben soll.
Ihr habt Euch mit überwältigender Mehrheit für
Deutschland ausgesprochen. Euer und des Reiches
Wohlergehen hängt davon ab, daß Oberschlesien
beim Reiche verbleibt. Oberschlesien! Ihr habt
bisher trotz schwerer Heranzforderungen mühe-
volle Ruhe und Ordnung bewahrt. Die berech-
tigte Abwehr der Gewalttaten polnischer In-
surgenten hat Euch die Welt nicht verurteilt. Ge-
wahrt auch weiterhin die Selbstsicherheit, die Euch
bisher ausgesprochen hat. Laßt die fähige Über-
legung nicht schwinden und laßt Euch durch nichts
zu unüberlegten Handlungen verleiten, die Eurer
gerechten Sache nur Schaden bringen würden.
Mit Euch hofft das gesamte deutsche Volk, daß
der Tag nicht mehr fern ist, an dem die Schranken
zwischen Euch und dem Vaterlande wieder fallen,
an dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker
in der Wiedererrichtung Oberschlesiens mit
Deutschland, dem es seit sieben Jahrhunderten
angehört hat, Anerkennung findet zum Besten
Oberschlesiens, des Deutschen Reiches, des wirtschaft-
lichen Wiederaufbaues Europas und des Friedens
der Welt.

Der Reichspräsident. Die Reichsregierung.
Oberl. Dr. Wirth.

Der Stand der ober-schlesischen Frage.

Berlin, 15. August. Wie die „Börsche
Zeitung“ mitteilt, werden der Reichskanzler und
der Reichsminister des Innern in Reichstags-
ausschuß für auswärtige Angelegenheiten einen
ausführlichen Bericht über die gesamte außen-
politische Lage, besonders über den Stand der
ober-schlesischen Frage, erstatten. Der Sitzung des
Ausschusses werden Besprechungen des Reichs-
kanzlers mit den Parteiführern vorausgehen, zu
denen die Einladungen bereits ergangen sind.
An eine vorzeitige Einberufung des Reichstages
wird infolge des Beschlusses des Obersten Rates,
die ober-schlesische Frage dem Völkerrunde zu
unterbreiten, nicht gedacht.

Die Lage in Oberschlesien.

Berlin, 15. August. Nach den hier vor-
liegenden Nachrichten ist zur Stunde in Ober-
schlesien alles ruhig trotz des großen Gefährts der
Enttäuschung, das die Dinausschiebung der Ent-
scheidung über Oberschlesien in der gesamten
Bevölkerung hervorgerufen hat. Bis zum 8. August
war allerdings die Gefahr eines neuen polnischen
Aufstandes sehr groß. Der für diesen Tag als
Einleitung der neuen Aktion geplante General-
streik ist jedoch vor allem an der Kampf-mächtig-
keit

Der Staatsarbeiter-Streik in Bremen.

Bremen, 16. August. Der Verband deut-
scher Beamtenvereine und die IFA stellen sich
auf die Seite der streikenden Staatsarbeiter, in-
dem sie die Beamten aufforderten, jegliche
Streikarbeit unbedingt abzulehnen. In den
Streik der Staatsarbeiter ist auch das
technische Personal der vereinigten städti-
schen Theater hineingezogen worden. Die
Direktion der Aktiengesellschaft Weser richtete
dingende Mahnungen an die Arbeiterschaft, in
denen auf die schweren Folgen der Arbeits-
verweigerung hingewiesen wird. Die Arbeiter-
schaft trat darauf zu einer Betriebsversammlung
zusammen, in der beschlossen wurde, heute in
den Ausstand zu treten. Die Direktion beschloß
daraufhin, die Arbeiterschaft stillos zu entlassen.

Eine bedeutsame Rede Lloyd Georges.

London, 16. August. Lloyd George wird,
wie berichtet wird, heute im Unterhause eine be-
deutsame Rede über die Beschlüsse des Obersten
Rates in Paris halten. Besonders wird er zur

der polnischen Bevölkerung geschwehrt. Die Ge-
fahr eines neuen Aufstandes liegt also weniger
bei der Masse der polnischen gesinnten Oberschlesier
als vielmehr bei den noch amtierenden polnischen
Kaufmannsbehörden, die angeblich zur Liquidations-
zwecken dienen sollen. In Wirklichkeit zielt aber
ihre Tätigkeit dahin, durch lokale Zwischenfälle
die deutsche Bevölkerung zu provozieren und sie
zu Unbesonnenheiten zu verleiten. Deutscherseits
hat man aber die Absichten der polnischen Kauf-
mannsbehörden durchschaut. Alle deutschen Stellen
sind bemüht, die Bevölkerung zur Ruhe zu er-
mahnen, damit beratige polnische Pläne zum
Scheitern kommen. Zur Beruhigung der Be-
völkerung werde auch beitragen, daß die deutsche
Regierung von morgen ab die Erwerbslosen-
fürsorge in Oberschlesien in Kraft setzt. Die
deutsche Regierung tut also alles, um die ober-
schlesische Bevölkerung ruhig zu halten.

Die Enttäuschung in Oberschlesien.

Ratibor, 15. August. Ein Mitarbeiter der
Pressestelle des ober-schlesischen Ausschusses hatte
heute mit dem Reichstagsabgeordneten Wiska über
die Verweigerung der ober-schlesischen Frage an den
Völkerrund eine Besprechung. Wiska äußerte
sich wie folgt: Der Beschluß des Obersten Rates
in Paris, der einen weiteren Aufschub der Ent-
scheidung bedeutet, hat die deutsche Bevölkerung
enttäuscht. Der Beschluß, die Entscheidung von
einem Gremium des Völkerrundes abhängig
zu machen, an sich genommen, ist uns nicht un-
günstig. Denn wir hoffen, daß mit der Erweite-
rung des Gremiums, das die ober-schlesische Frage
zu beurteilen und zu entscheiden hat, auch die
Objektivität des Urteils wächst. Ich habe das
Gefühl, daß die Entscheidung im wesentlichen be-
reits gefällt ist und daß durch die Verweisung an
den Völkerrund mehr Zeit gewonnen werden
soll, um die Aufnahme der Entscheidung durch die
ober-schlesische Bevölkerung vorbereiten zu können.

Banditen- und Insurgentenangriffe in Beuthen.

Beuthen, 15. August. Gestern Abend gegen
1/2 Uhr wurde eine von dem Bahnhofsplatz in
Dombrova aus die Straßenbahn wartende etwa
100köpfige Menschenmenge von etwa 30 bis 40
Banditen umzingelt, mit Steinen geschlagen und
mit Waffen bedroht. Mehrere Männer und
Frauen wurden durch Stockschläge blutig verletzt.
Ein Kaufmann aus Beuthen wurde mit einem
Gummiknüdel betastet, daß er ins
Krankenhaus gebracht werden mußte. Als Polizei-
beamte herbeieilten, ergrißen die Banditen die
Flucht und entliefen unerkannt.

Heute Abend gegen 6 Uhr versuchten Insurgenten,
unterstützt von Mannschaften der Gemeindefreiwache
Hofenlinie, einen Vorstoß gegen die Stadt
Beuthen, wobei zwei Deutsche verwundet wurden,
darunter einer sehr schwer. Den Apokreonten
gelang es, sechs Insurgenten zu ermitteln und
zu verhaften. Sie wurden unter starker Be-
dringung nach Beuthen abgeführt.

Die irische Frage.

London, 16. August. Ein Mitarbeiter des
„Daily Chronicle“ schreibt, das Angebot der briti-
schen Regierung an Irland sei das höchste Ju-
gendland, das gemacht werden könne; im Ka-
binett herrsche bezüglich der irischen Politik Über-
einstimmung.

Die Abrüstungskonferenz.

Washington, 16. August. Präsident Har-
ding hat dem Kongress einen Kredit von 200 000
Dollars für die Abrüstungskonferenz verlangt.

Paris, 16. August. Nach einer Meldung
des „Matin“ aus London besagt eine aus
Washington eingegangene Depesche, Minister-
präsident Briand habe den Staatssekretär Hughes
wissen lassen, daß er sich persönlich an der
Spitze der französischen Delegation zur Ent-
waffnungskonferenz einfinden werde.

Gebt für das Ober- schlesierhilfswerk!

Das Werk von Weimar.

Von Geh. Legationsrat Dr. Boeckh,
Steuerverordnendem Mitgliede des Reichstages.

Während der Beratungen in Weimar schien
es mehr als einmal, als ob das Verfassungswerk
scheitern sollte. In kritischer Stunde wurde die
Regierung der Verfassungsparteien durch das
Verfaller Taktat gesprengt. Als die National-
versammlung dennoch ihr Werk vollendet hatte,
und wie im August vor zwei Jahren aus Weimar
nach Berlin zurückkehrte, da begegnete uns auf
Reptischen Lippen die Frage: Für wieviel
Monate? Oder nur für Wochen? Wenn die
Weimarer Beschlüsse allen Zweifeln zum Trotz
in der zurückliegenden, an inneren und äußeren
Gefährdungen reichen Zeit die Grundzüge für
unser Staatsleben bieten konnten, so ist dies ein
Beweis nicht nur für den starken Lebenswillen
der Nation, sondern auch dafür, daß für seine
Entscheidung die demokratische Freiheit, wie sie
durch das neue Grundgesetz dem Volke verlehrt
wurde, unentbehrliche Lebensluft ist. Weder in
einer monarchischen Restauration, noch in der ge-
waltigen Errichtung einer proletarischen Räterepu-
blik wäre Beruhigung und Festigung
möglich geworden.

Könnte man nicht erwarten, daß in den poli-
tischen Lehrstunden dieser zwei Jahre auch von
denen etwas gelernt worden ist, die sich gern
als „national“ bezeichnen, aber doch von einer
„verrückten Demokratie“ sprechen? Zurückgewandt
möchte man für das Exzerzitum jenen un-
politischen Köpfen fast dankbar sein, die das
Haupthandwerk des Weimarer Grundgesetzes: „Die
Staatsgewalt geht vom Volke aus“ in kaum be-
greiflicher Überhebung mit dem Platze überleben
wollten, das uns am 13. März vorigen Jahres
durch die Mittelung übertrugte, die gesamte
Staatsgewalt sei auf einen Herrn Rapp über-
gegangen? Und sollte der blutige Anschauungs-
unterricht auf die Dauer vergeblich gewesen sein,
durch den im Ruhrgebiet und in Mitteldeutsch-
land die Ausschließlichkeit gewalttätiger Erhebungen
gegen eine vom Mehrheitswillen des Volkes ge-
tragene Staatsgewalt gezeigt worden ist? Richt
nur in der Abwehr war die Demokratie siegreich.
Unsere glänzenden Abstammungsge in Ostprei-
en, Ost- und Westpreußen und in Oberschlesien
sind Früchte des nationalen Einheitsgedankens,
der aus der verfassungsmäßig gesicherten Idee des
Völkerrates seine stärksten Kräfte empfängt.

Eine flackernde Flamme ist durch den Ausschluß
Deutsch-Ostpreußen geblieben. Für die Verfassung,
die das deutsche Volk in seiner ganzen nationalen
Einheit umfaßt, ist die Aufnahme des Bruder-
flammes eine unabwendbare Notwendigkeit. Die
Ausführung ihrer Bestimmungen über den An-
schluß blieb uns in diesen zwei Jahren durch
äußere Gewalt verlagert. Soll Jüversicht erwarten
wir aber den kommenden Tag, an dem eine Ver-
fassung alle deutschen Stämme verbindet.

Es ist in den verflochtenen zwei Jahren wieder-
holt die Frage aufgeworfen worden, ob eine kon-
sequente Durchführung des demokratischen Ge-
dankens nicht die Vollendung des Einheitsstaates
im Sinne eines noch härteren Ausbaues der Reichs-
gewalt und einer weitergehenden Zentralisierung
fordere. Aber auch in dieser Beziehung hat das
Weimarer Grundgesetz wohl das Richtige getroffen,
indem es der Entwicklung die Tür geöffnet hat
und der Geschichte die Entscheidung gelassen hat.

Die aus den Erfahrungen der ersten Bewäh-
rungszeit geschöpfte Anerkennung, daß die Weimarer
Verfassung für die Lösung der beiden bedeutendsten,
unserem inneren Staatsleben sich stellenden Auf-
gaben eine geeignete Grundlage geschaffen hat,
schließt nicht alle Kritik in Einzelheiten aus.

*) Unser geschätzter Mitarbeiter, der Hr. Geh.
Legationsrat Dr. Boeckh in Berlin, hat in der
„Börschen Zeitung“ diesen Aufsatz veröffentlicht,
der auch für die Leser der „Sächsischen Staatszeitung“
von hohem Interesse sein dürfte. D. Schriftl.